

**DIE LINKE im Burgenlandkreis zu den
Europa- und den Kommunalwahlen am
25. Mai 2014:**

**Den Frieden erhalten –
und 100 % sozial**

Liebe Bürgerinnen und Bürger des Burgenlandkreises,
liebe Wählerinnen und Wähler,

am 25. Mai 2014 werden Sie gleich mehrfach zu den Wahlurnen gerufen. Ihre Stimme wird gebraucht:

- bei der Wahl des Europäischen Parlaments
- bei der Wahl des Kreistages des Burgenlandkreises
- bei der Wahl der Landrätin/des Landrates des Burgenlandkreises
- bei der Wahl der Stadt- und Gemeindevertretungen
- bei der Wahl von Bürgermeisterinnen/Bürgermeistern.

Wir, DIE LINKE, stellen uns Ihrer Entscheidung. In bewährter Weise. Bei allen diesen Wahlen.

Europa und Kommunales an einem Tag. Passt das zusammen? Wir meinen: Ja. Denn es bestimmt ja auch zusammen unseren Alltag. Grenzenloses Reisen, ungezählte Begegnungen, die gemeinsame Währung, europäischer Arbeitsmarkt, europäische Förderprogramme, europäische Regelwerke, europäische Absatzmärkte für unsere Unternehmen – Europa ist aus unserem täglichen Leben nicht mehr hinweg zu denken. Nirgends. Auch nicht in den kleinsten Gemeinden. Es ist unser Europa. Wir müssen es gestalten.

Partei des Friedens

Wir, DIE LINKE, sind eine Partei des Friedens. Wir sind davon überzeugt, dass der Frieden nur erhalten werden kann mit allen in Europa – also natürlich auch mit Russland. Europa hört nicht kurz vor Russland auf, sondern Russland gehört zu Europa. Wir lehnen jede Eskalation der Lage ab. Darum kritisieren wir die Europapolitik der Bundesregierung scharf. Wir sind nicht geschichtslos. Wir wissen, wie die NATO seit der Herstellung der deutschen Einheit 1990 ihren Einflussbereich nach Osten bis an die Grenzen Russlands ausgedehnt hat. Aber NATO gegen Russland, wie es die Bundesregierung will: So ein Herangehen hat keine Zukunft. Nicht für die Politik, und auch nicht für die Wirtschaft. Die Bundesregierung muss ihre Politik der Sanktionen und der Lageverschärfung sofort beenden und sich für eine neue, Russland einschließende europäische Sicherheitsstrategie einsetzen.

Wir, DIE LINKE, sind auch unverändert gegen den „Krieg gegen den Terror“. Wir wollen den vollständigen Abzug aus Afghanistan und die Beendigung aller anderen Militäreinsätze im Ausland. Und wir wollen ein Verbot von Rüstungsexporten. Deutschland gehört zu den weltweit größten Waffenverkäufern. Damit muss Schluss sein.

100 % sozial

Wir, DIE LINKE, wollen ein soziales Europa. Wir nehmen nicht hin, dass überall die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird: in Deutschland, in Europa, in der Welt. Dass Menschen nicht genug zum Leben haben, ist eine tiefe Ungerechtigkeit. Diese Ungerechtigkeit gefährdet Leben, und sie produziert Spannungen, die den Frieden gefährden.

Deutschland trägt für die Vertiefung der Kluft in Europa eine große Verantwortung. Wir, DIE LINKE, stehen gegen den Kurs der Bundesregierung, die durch ihre Politik der Sparhaushalte die sozialen Spannungen insbesondere in Süd- und Südosteuropa weiter verschärft. Wir erneuern unsere Forderung, dass die Währungsunion durch eine Wirtschafts- und eine Sozialunion untermauert wird. Für uns gilt überall: Der Reichtum Deutschlands, der Reichtum Europas, der Reichtum der Welt muss anders verteilt werden. Von oben nach unten. Und nicht, wie es jetzt überall geschieht, von unten nach oben.

Wir, DIE LINKE, sind gegen das geplante Freihandelsabkommen der Europäischen Union (EU) mit den USA. Dieses Freihandelsabkommen vertieft die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter, und es gefährdet die ökologischen Standards, die in Deutschland und in der EU über einen langen Zeitraum hinweg entwickelt worden sind. Es ist wie in der EU: Freihandel braucht als Grundlage gemeinsame soziale und ökologische Standards – und zwar nicht niedrige, sondern hohe.

Wir, DIE LINKE, verbinden im Europa- und im Kommunalwahlkampf auch unser Eintreten für den sozial-ökologischen Umbau. Wir wollen diesen Umbau in Europa, und wir wollen ihn im Burgenlandkreis und in jeder Gemeinde.

Und nicht erst zum Schluss, sondern immer: Wir, DIE LINKE, wenden uns entschieden gegen jede Form des Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. In den Städten und Gemeinden, in Deutschland, in Europa. Wir sehen mit großer Besorgnis, wie überall in Europa Menschen glauben, auf die großen Fragen der Entwicklung Antworten finden zu können, die in Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung münden. Es darf kein Zurück in den Nationalismus geben!

Rückfall ins „Nationale“ ist für uns keine Alternative

Wir haben viel Kritik an der Europapolitik der Bundesregierung und der Europäischen Kommission, aber wir sagen dennoch klar und deutlich Ja zu Europa. Vieles an Positivem der Entwicklung der EU ist so sehr Alltag geworden, dass es gar nicht mehr der Erwähnung wert scheint: die europäischen Förderprogramme für die Kommunen und Regionen; die problemlosen Urlaubsreisen; die europäischen Jugend-, Bildungs- und Studienprogramme; die grenzüberschreitende Wirtschaftsentwicklung, an der auch viele kleine und mittlere Unternehmen ihren Anteil haben; die Reisen zu Kuren, Ärzten, Kulturereignissen; die Europäisierung unseres Alltags in Deutschland; die Selbstverständlichkeit, mit der unsere Kinder und Enkel mit Fremdsprachen und internationalen Mail- und Facebookfreundschaften umgehen. Das alles sind Dinge, die im durch den Systemkonflikt geteilten Europa noch völlig undenkbar waren. Und wir sollten den Blick noch weiter zurück lenken: 2014 gedenken wir des 100. Jahrestages des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges. Vor diesem Hintergrund tritt die große Hoffnung auf Frieden, die mit der Entwicklung Europas verbunden ist, deutlich hervor. Diese Entwicklung ist eine gegen den verderblichen Nationalismus des vergangenen Jahrhunderts

Darum wäre ein Rückfall ins „Nationale“ genau die falsche Antwort auf all das, was wir am Zustand der EU und Europas kritisieren. Es ist ein großer, fataler Irrtum, zu glauben, mit einer Rückkehr zur D-Mark gäbe es plötzlich in Deutschland keine Armut mehr oder würden die Energiepreise sinken oder die Mieten. Die Wirtschaften der EU-Länder sind

längst so eng miteinander verzahnt, dass nationale Problemlösungen völlig undenkbar geworden sind. Der Ruf nach einer Rückkehr zum „Nationalen“ dient lediglich der Verschleierung der wahren Ursachen für das, worunter viele immer mehr leiden: die Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich. Die Ursache dafür ist nicht „Europa“. Die Ursache liegt in der Herrschaft der großen Konzerne, der großen Banken und darin, wie es diesen gelingt, ihre Herrschaft in politische Macht umzusetzen. Mit einem Rückfall ins „Nationale“ würde sich an diesen Mechanismen nichts ändern.

Wir sagen Ja zu den positiven Entwicklungen Europas, und wir kritisieren scharf die Politik der Abschottung Europas an den Grenzen der EU; kritisieren die Politik der sozialen Grausamkeiten gegenüber der griechischen Bevölkerung, die Hand in Hand geht mit einer Verschonung der griechischen Millionäre; kritisieren eine Politik, die mehr als die Hälfte der Jugendlichen in Portugal, Spanien, Griechenland und anderswo ohne berufliche Perspektive lässt.

Und wir ziehen die Verbindung von dort zu uns. Wir in Ostdeutschland wissen, welche langfristigen Folgen die Deindustrialisierung großer Regionen hat: Abwanderung der Jugend, Überalterung der Bevölkerung, massenweise Schließung von Schulen, Ausdünnung der Infrastruktur, Mangel in der medizinischen Versorgung. Was sich nach der Vereinigung in Deutschland mit Ostdeutschland vollzogen hat, vollzieht sich heute in vergleichbarer Weise in Südeuropa. Wir wollen, dass diese Entwicklung gestoppt wird, weil sie auch uns hier im Burgenlandkreis auf Dauer nichts Gutes bringt. Eine Verschärfung der Widersprüche in Europa und in der Welt wird direkt auf den Burgenlandkreis zurückwirken.

Wir, DIE LINKE, stehen nicht für eine nationalistische, fremdenfeindliche Antwort auf die allzu deutlichen Probleme Europas zur Verfügung. Wir sind die Partei des Strebens nach friedlichen, solidarischen, humanistischen Antworten. Wir wollen berechtigten Protest in demokratische Bahnen lenken und nicht in nationalistische.

Kommunalpolitik mit Standpunkt und Augenmaß

Die kommunalpolitischen Probleme Sachsen-Anhalts sind groß. Jüngste Statistiken sagen, dass Sachsen-Anhalt dasjenige ostdeutsche Bundesland ist, das die höchste Abwanderungsquote zu beklagen hat. Und wenn auch der Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit zu suggerieren versucht, dass die Abwanderung von Ost nach West gestoppt sei, so wissen wir aus eigener täglicher Anschauung, dass es überhaupt noch keine Anzeichen dafür gibt, dass sich dadurch die Lage der Kommunen hinsichtlich der Altersstruktur und aller damit zusammenhängenden Probleme verbessern könnte.

Wir, DIE LINKE, stehen für eine Stärkung der Mitspracherechte aller Bürgerinnen und Bürger in allen Bereichen des kommunalen Lebens und für eine Verwaltung, die bürgernah ist, eine einfache klare Sprache spricht und transparent arbeitet. Jede kommunalpolitische Entscheidung soll auf den Prüfstand der sozialen Gerechtigkeit gestellt werden. Stets ist zu hinterfragen, ob und inwiefern die Chancengleichheit für alle Einwohnerinnen und Einwohner gesichert und verbessert werden kann, mit welchen politischen Angeboten die Geschlechterverhältnisse gerechter gestaltet und die vielfältigen Formen des Zusammenlebens von Menschen respektiert und gleichermaßen gefördert werden können.

Alle unsere kommunalpolitischen Anstrengungen dienen dem Ziel, die Attraktivität des Burgenlandkreises für alle Menschen zu erhöhen und die Lebensbedingungen der hier Lebenden aller Altersgruppen zu verbessern. Wir, DIE LINKE, wollen einen Burgenlandkreis, der sowohl gute Arbeitsbedingungen hat als auch für Familien ein gutes Zuhause ist.

Ein Leitbild der Transparenz und Zusammenarbeit

Wir, DIE LINKE, befördern die Arbeit am Leitbild Burgenlandkreis. Wir haben 2009 einen Entwurf vorgelegt und sind sehr froh darüber, welchen großen Anklang die Diskussion um dieses Leitbild gefunden hat. Seit 2013 gibt es ein vom Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung (isw) in Halle erarbeitetes „Leitbild für den Burgenlandkreis“. Das ist nach Themen und Regionen des Kreises gegliedert und wird mit Vereinen und Verbänden diskutiert: ein schönes Beispiel für gemeinsames Ringen um die Zukunft unserer Region.

Den Gestus der Leitbilddebatte auf Kreis- und Gemeindeebene aufzunehmen heißt für uns, alle Einzelfelder wie Industrieansiedlungen, Beschäftigungspolitik, Gesundheitsfürsorge, Wohnungspolitik usw. stets aus der Sicht sozialer Verantwortung und demokratischer Teilhabe zu beleuchten.

Wir nehmen den Gedanken des vom isw ausgearbeiteten Leitbildes, die Lagegunst im Dreiländereck (Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen) für übergreifende Angebote zu nutzen, positiv auf. Unsere Partei stellt im Nachbarkreis Altenburger Land die Landrätin. Es ist an der Zeit, über verbindende gemeinsame Projekte zu beraten und einen Beitrag zur Attraktivität überregionaler Zusammenarbeit zu leisten. Beispiele können dabei sein: ein Gesundheitsbeirat für unsere Kliniken, Stärkung der kommunalen Krankenhäuser durch eine enge Kooperation, bessere Zusammenarbeit der Wirtschaftsunternehmen.

Bildung für heute und für eine gute Zukunft

Wir, DIE LINKE, wollen den Berufsschulstandort Burgenlandkreis stärken. Die Ausbildung von staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erziehern und in Berufen der Altenpflege bekommt rasch wachsendes Gewicht. Mit unseren Anträgen im Kreistag, im Burgenlandkreis staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher und Altenpflegerinnen und Altenpfleger auszubilden, haben wir einen Beitrag zur Stärkung des Berufsschulstandortes geleistet. Hier bleiben wir am Ball. Wir haben im Burgenlandkreis gute Voraussetzungen für eine weitere Stärkung dieser Zweige. Wir wollen damit auch die Möglichkeiten dafür verbessern, dass die jungen Menschen aus unserem Kreis in ihrer Heimat einen Beruf erlernen und hier eine Arbeit finden.

Wir widersetzen uns auch weiterhin dem unseligen Wettbewerb um Schulschließungen. Wenn unsere Region eine Zukunft haben soll, muss sie sich um ihre jüngsten Bewohnerinnen und Bewohner kümmern und darf deren Entwicklung nicht immer neuen Belastungen wie Schulwechsel, langen Schulwegen usw. aussetzen, die am Ende nur noch zu einem weiteren Grund für den Wegzug der Familien werden. Auf Bundes- und Landesebene treten wir für eine sozial gerechte und zukunftsfähige Bildungspolitik ein. Es geht uns um längeres gemeinsames Lernen, den Erhalt von Schulstandorten sowie um eine bessere Verbindung von Begabtenförderung und Vermittlung von Bildungsstandards für alle Kinder. Wir bringen uns in die kommunalen Debatten um diese Fragen mit diesen Standpunkten ein. Wir fordern ausreichende

Investitionen im Bildungsbereich für ein gemeinsames Lernen in einer inklusiven Gemeinschaft.

Sozialpass und gleichberechtigte Teilhabe

Wir, DIE LINKE, setzen uns für einen Sozialpass ein, mit dem Menschen mit geringen Einkommen durch ermäßigte Fahrpreise, freie oder ermäßigte Eintritte, ermäßigte Vereinsbeiträge u. ä. die Teilhabe am öffentlichen Leben wieder möglich wird. Wir unterstützen bürgerschaftliches Engagement, so dass jede und jeder Selbstbewusstsein und Gemeinschaftssinn entwickeln kann.

Wir treten dafür ein, dass Menschen mit Behinderung

- gleichgestellt und selbstbestimmt sind;
- das Recht haben, allumfassend selbst entscheiden zu können;
- in allen Lebensbereichen und Altersstufen barrierefrei leben können;
- Arbeitsplätze und -möglichkeiten auf dem regulären Arbeitsmarkt erhalten;
- selbstbestimmt und gemeindenah wohnen können;
- ohne großen bürokratischen Aufwand persönliche Assistenzen und Arbeitsassistenzen gewährt bekommen und darauf einen Rechtsanspruch haben.

Wir, DIE LINKE, setzen uns für eine neue Qualität der Seniorenarbeit ein. Dass der Anteil der Seniorinnen und Senioren an der Gesamtbevölkerung im Burgenlandkreis weiter rasch wachsen wird, erfordert eine stärkere Mitsprache der Seniorinnen und Senioren an den kommunalpolitischen Entscheidungen. Wir wollen daher in den Kommunen Seniorenbeiräte bilden, die bei kommunalen Entscheidungsprozessen Mitbestimmungsrechte haben. Fragen wie seniorengerechtes Wohnen, Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern, mobile medizinische Versorgung, mobile Versorgung mit Lebensmitteln müssen unter aktiver Teilnahme der Betroffenen beraten werden.

Zur Verbesserung von Wohnqualität und Infrastruktur schlagen wir die Durchführung von Wohnungsgenossenschaftskonferenzen vor

Zur Verbesserung der Kita-Betreuung streiten wir gegen das KiFöG. Wir sagen Ja zur Klage gegen das KiFöG, und wir bekämpfen die unsoziale Auslegung des KiFöG, wie wir sie in vielen Kommunen beobachten müssen. Wenn es keine Staffelung der Beiträge nach finanzieller Leistungsfähigkeit und keine Geschwisterregelungen mehr gibt, wird die Kitabetreuung auf unerträgliche Weise vom Geldbeutel der Eltern abhängig, und Familien mit mehreren Kindern werden zusätzlich benachteiligt. Das wollen wir nicht hinnehmen.

Wirtschaft fördern, die Region stärken

Wir, DIE LINKE, nehmen die Wirtschaftsförderung ernst. Wir wissen sehr gut, dass die Bundesregierung oft von Förderung der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) spricht, zugleich aber Rahmenbedingungen schafft, die den KMU eben gerade nicht dienlich sind. Wenn wir von einer Umverteilung von oben nach unten sprechen, dann meinen wir damit nicht nur die Umverteilung bei Einkommen, Löhnen und Gehältern und Sozialleistungen, sondern auch bei den Unternehmen. Wir wollen, dass

die KMU mehr Förderung und bessere steuerliche Bedingungen erhalten und dass bürokratische Hemmnisse entschlossen beseitigt werden.

Wir, DIE LINKE, werden auch in Zukunft zuverlässige Partner unserer regionalen und lokalen KMU sein. Wir sind als Ansprechpartner auf der Kreis- und Gemeindeebene immer erreichbar, und wir sind mit unseren Landtagsabgeordneten und unserem Bundestagsabgeordneten auch auf der Landes- und Bundesebene so vernetzt, dass wir gemeinsam Problemlösungen beraten können. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer des Burgenlandkreises haben davon bereits Gebrauch gemacht.

Wir wollen eine stärkere Wertschöpfung in unserem Burgenlandkreis. Wir unterstützen die gute Arbeit der im Kreis arbeitenden Netzwerke. Wir stehen zur Braunkohlegewinnung und für eine zunehmende stoffliche Nutzung der Kohle in der Chemieindustrie.

Wir stehen für Gewerkschaften und Mitbestimmungsgremien, in deren Tätigkeit wir eine Voraussetzung für die Stärkung von Demokratie und Mitbestimmung sehen.

Ja zum Frieden, Nein zum Schießplatz

Wir wollen keinen noch größeren Schießplatz im Zeitzer Forst. Wir wollen keine Kriege, und wir wollen auch keine Kriege üben. Wir treten ein für eine zivile statt eine militärische Nutzung des Zeitzer Forstes.

DIE LINKE kandidiert mit offenen Listen

DIE LINKE im Burgenlandkreis unterstützt die Kandidatur von 102 Personen zur Kommunalwahl, darunter 35 Parteilose. Unsere Kandidatin für das Amt der Landrätin ist die Verbandsgemeindebürgermeisterin Manuela Hartung. Bei der Naumburger Oberbürgermeisterwahl unterstützen wir gemeinsam mit SPD, Grünen und FDP Dr. Norbert Vornehm. Den Kandidaten für die Wahl zum Europaparlament Dr. Martin Schirdewan laden wir ein, im Falle einer erfolgreichen Bewerbung seinen Wirkungskreis auch künftig im Süden Sachsen-Anhalts zu sehen.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Wählerinnen und Wähler,

das ist unser Programm. Mehr und Ausführliches finden Sie unter www.die-linke.de, www.die-linke-sachsen-anhalt.de und www.die-linke-burgenlandkreis.de.

Unser Programm, unsere Vorschläge sind kein Geheimnis, und sie sind keine in Erz gegossenen Wahrheiten. Unser Kreisverband ist wie in der Vergangenheit auch künftig stets zur offenen Debatte über seine Vorhaben bereit und an Vorschlägen zur Mitgestaltung interessiert. Unsere Vorhaben sind nicht Abgrenzung, sondern Einladung.

Wir werben um Ihre Stimme, und wir freuen uns auf Ihre Mitarbeit.